



Bundestags- brief

Nr. 161 • Die Woche im Bundestag • 05.12.2014



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Unsere Positionen international wirkungsvoll vertreten:

Deutsche Welle und Goethe-Institute stärken; Verhandlungen zu „TTIP“ aktiv mitgestalten

Seit Angela Merkel die Bundesregierung führt, hat Deutschland in der Welt an Ansehen und Einfluss dazugewonnen. In einigen Umfragen wird unser Land inzwischen sogar als das Angesehenste der Welt bezeichnet (siehe 160. Ausgabe des Bundestagsbriefes).

Das liegt nicht nur an der positiven wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes, sondern ganz besonders auch an der Führungsstärke unserer Bundeskanzlerin. Die Entscheider in aller Welt wissen, dass Angela Merkel eine ehrliche Maklerin ist, auf deren Wort sie sich verlassen können.

In Europa, aber auch weltweit sind unsere Partner deshalb sehr interessiert, einen möglichst schnellen Zugang zu deutschen Perspektiven und Positionen zu bekommen. Dieses Interesse ist erfreulich, und natürlich ist es auch unser Wunsch, unsere Sichtweisen international nachvollziehbar darzustellen.

Genau dafür ist die Deutsche Welle als Stimme Deutschlands in der Welt prädestiniert. In den vergangenen Wochen haben wir im Kulturausschuss des Deutschen Bundestages sehr engagiert über die weitere Entwicklung der Deutschen Welle als Auslandssender diskutiert.

Gemeinsam mit dem Intendanten Peter Limbourg haben wir Strategien und Ansätze beraten, mit denen die Deutsche Welle ihr Profil schärfen - und ihre Reichweite erhöhen kann.

In einer Zeit, in der die Entwicklungen auf internationaler Ebene oft verwirrend und unübersichtlich sind, ist es wichtig, dass Deutschland die Grundlagen seiner wertebasierten Außenpolitik engagiert und wirksam in der ganzen Welt kommuniziert.

Ich freue mich deshalb sehr, dass es im Rahmen der Haushaltsaufstellung für das Jahr 2015 gelungen ist, den Ansatz für die Deutsche Welle um 7,5 Millionen Euro zu erhöhen.

Damit wird die Deutsche Welle in die Lage versetzt, gerade den nicht demokratisch kontrollierten Sendern aus dem Ausland eine wirkungsvolle Berichterstattung entgegenzusetzen, die politisch unabhängig und neutral an der Sache orientiert berichtet.

Deutschlands Stimme in der Welt wird aber nicht nur medial, sondern gerade auch vor Ort vermittelt. 160 Goethe-Institute in 94 Ländern der Erde leisten dabei großartige Arbeit. Ihnen ist es ganz maßgeblich zu verdanken, dass Deutschland in aller Welt vor allem als Kulturnation wahrgenommen wird. Der zuständigen Staatsministerin Maria Böhmer ist es gelungen, die Mittel für diese wichtigen Kulturmittler im Ausland um 16 Millionen Euro zu erhöhen. Das verdient großen Respekt und Anerkennung.

Dank dieser Unterstützung werden die Deutsche Welle und die Goethe-Institute auch weiterhin dafür sorgen, dass Deutschlands Stimme in der Welt gehört wird. Als unabhängige Einrichtungen sind sie glaubwürdige Vertreter unserer demokratischen Werte und tragen dazu bei, Deutschlands guten Ruf in der Welt zu festigen.

Unser Selbstverständnis als Kulturnation, als Land der „Dichter und Denker“, ist aber nicht nur etwas, was wir nach außen kommunizieren wollen, sondern eine Errungenschaft, für deren Erhalt wir uns auch politisch engagieren.

Das transatlantische Freihandelsabkommen zwischen den USA und der Europäischen Union, über das derzeit verhandelt wird, ist dafür besonders wichtig.

Gerade in den Zeiten, in denen westliche Werte in Europa neu herausgefordert werden, ist eine enge Zusammenarbeit mit den USA von überragender Bedeutung. Ich halte es deshalb für notwendig, dass die Verhandlungen der Europäischen Union mit den USA über das Freihandelsabkommen zu einem Erfolg geführt werden.

Dabei ist es aber wichtig, dass die Partner die jeweiligen Besonderheiten auf beiden Seiten des Atlantiks anerkennen. Gerade in Deutschland hat uns die Erfahrung aus zwei Weltkriegen gelehrt, dass im Kultur – und Medienbereich staatliches Engagement unabdingbar ist, um Vielfalt und Unabhängigkeit sicherzustellen. Nur so können Medien und kulturelle Akteure als kritisches Korrektiv innerhalb der Gesellschaft fungieren.

Mit dieser Einsicht stehen wir auf europäischer Ebene nicht alleine da. Auf dem Europäischen Rat der Kulturminister in Brüssel in der vergangenen Woche ist noch einmal klar geworden, dass viele weitere Mitgliedstaaten der Europäischen Union unsere Haltung teilen.

Gerade Frankreich ist ein starker Partner, wenn es darum geht, gegenüber den USA deutlich zu machen, dass die Kultur für uns Europäer kein Wirtschaftsfeld ist wie jedes andere, sondern dass wir der Kultur eine ganz besondere Bedeutung zumessen.

Deshalb wirbt Deutschland gemeinsam mit Frankreich und anderen europäischen Partnern dafür, die Besonderheiten des Europäischen Kultursektors in den Verhandlungen zum transatlantischen Freihandelsabkommen von Anfang an zu berücksichtigen und eine Generalklausel zum Schutz der Kultur im Vertrag vorzusehen.

Wir werden in der deutschen und europäischen Öffentlichkeit nur dann eine Zustimmung für das Freihandelsabkommen erhalten, wenn die Bürgerinnen und Bürger ihre Werteordnung dort wiederfinden können.

Ich bin zuversichtlich, dass es in den Gesprächen und Verhandlungen mit den USA letztlich gelingen wird, Verständnis für diese europäischen Anliegen zu wecken. Dann wird das Freihandelsabkommen ein Erfolg, das die gemeinsamen Interessen Europas und der USA betont und uns wieder näher zusammenführt.

66 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

Als Reaktion auf die Schrecken des Zweiten Weltkrieges beschloss die Generalversammlung der Vereinten Nationen im Dezember 1948 in Paris die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Obwohl es sich um kein juristisch verbindliches Dokument handelt, können Bedeutung und Tragweite nicht hoch genug geschätzt werden. Die Erklärung ist das wohl bekannteste Menschenrechtsdokument und wurde zum Grundstein für den internationalen Schutz der Menschenrechte. In der Zeit des sogenannten Kalten Krieges konnten sich Bürgerrechtler auf dieses Dokument berufen, es wurde zu einem Grundrechtskatalog für eine immer selbstbewusster auftretende Bürgergesellschaft.

Auch das Menschenrecht auf Glaubens- und Gewissensfreiheit wurde 1948 in den Katalog der Rechte aufgenommen. Wie nötig die Welt die Erinnerung an dieses Recht hat, zeigen die schrecklichen Gewalttaten gegen Andersgläubige und religiöse Minderheiten in einer zunehmenden Zahl von Staaten weltweit. Wir sind erschüttert von einem Attentat gegen eine Moschee in Nigeria, in dem über 100 Menschen zu Tode kamen. Ihr religiöser Führer hatte sich gegen den Terror von Boko Haram ausgesprochen.

Der Besuch von Papst Franziskus in der Türkei kann uns ein Zeichen der Hoffnung sein. Er hat unaufgeregt daran erinnert, dass die Menschenrechte unteilbar sind. Dass auch und gerade die Religionsfreiheit in der Türkei nicht verwirklicht ist, hat der Papst klar ausgesprochen. In aller Form stehen wir hinter seinem Wunsch, dass die geistlichen, politischen und akademischen Führer der Muslime die Gewalt im Namen des Islam deutlich verurteilen mögen. Afghanistan weiter unterstützen.

Afghanistan Einsatz endet nach 13 Jahren

Wir blicken zurück auf eine Mission, die nicht nur als der erste Kampfeinsatz der Bundeswehr seit ihrer Aufstellung 1955 in die Geschichte eingegangen ist. 55 Soldaten sind bei diesem Einsatz gestorben. Wir gedenken ihrer und danken ihnen, aber auch ihren Angehörigen, für ihren Einsatz für Frieden, Sicherheit und mehr Freiheit in Afghanistan.

Afghanistan hat sich in diesen 13 Jahren verändert, vieles wurde erreicht, vieles aber auch noch nicht. Bis zum Jahresende soll die Übernahme der alleinigen Sicherheitsverantwortung durch die afghanischen Sicherheitskräfte abgeschlossen werden, so wie es im Bereich des Regionalkommandos Nord bereits erfolgt ist. Der Ausgang des Afghanistan-Engagements aber ist heute noch nicht absehbar. Deswegen lassen wir die Afghanen auch nach Auslaufen des ISAF-Einsatzes nicht allein.

Ab dem 1. Januar 2015 wollen wir das Land im Rahmen der NATO-Ausbildungs-, Beratungs- und Unterstützungsmission („Resolute Support Mission“, RSM) weiter auf seinem Weg unterstützen. Bis zu 850 Soldaten der Bundeswehr werden im Einsatz sein. Gleichzeitig wollen wir die Transformationsdekade mit zivilen Mitteln gestalten und legen dazu einen entsprechenden Antrag vor. Damit wollen wir zeigen, dass Deutschland als verlässlicher Partner weiterhin bereit ist, Afghanistan mit den Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit zu unterstützen.

High-Tech-Strategie, eine Erfolgsgeschichte

Der Bundesbericht „Forschung und Innovation“ belegt es eindrucksvoll: Deutschland ist als Standort für Spitzentechnologie weltweit stets in der Spitzengruppe.

Mit einem Zuwachs von allein 114.000 neuen Arbeitsplätzen zwischen 2005 und 2012 gibt es nun 600.000 Arbeitsplätze im Sektor Forschung und Entwicklung (FuE). Mehr als 79 Milliarden Euro wurden 2012 durch Staat, Wirtschaft und Wissenschaft für FuE aufgewandt. Mit eindrucksvollen Ergebnissen: Deutschland steht bei den Patentanmeldungen in Europa an der ersten und weltweit an der dritten Stelle. Auch andere internationale Vergleiche sehen unser Land vielfach in Spitzenpositionen.

Dennoch stellt das diesjährige Gutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands fest, dass noch immer zu viele Spitzenforscher in das Ausland abwandern. Gleichzeitig belegen die Kennzahlen dennoch, dass Deutschland als attraktiver Wissenschaftsstandort vielen Wissenschaftlern eine gute Perspektive bietet.

Wir bauen vor diesem Hintergrund die seit 2006 verfolgte Hightech-Strategie aus. Sie hat in den vergangenen Jahren dazu beigetragen, die Position Deutschlands im globalen Wettbewerb stark zu verbessern. Investitionen in Forschung und Innovation wurden erfolgreich ausgebaut und gebündelt. Wir haben im Koalitionsvertrag beschlossen, sie zu einer umfassenden, ressortübergreifenden Innovationsstrategie weiterzuentwickeln. So soll vor allem eine schnellere Übertragung wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Anwendung erreicht werden. Allein 2014 werden für die neue Hightech-Strategie 11 Milliarden Euro investiert.

Bei der Aktualisierung der Hightech-Strategie berücksichtigte Themen sind von besonderer Bedeutung für die Gesellschaft, aber auch für die Stärkung der Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Zu den Schwerpunkten gehören neben den Bereichen Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, Innovative Arbeitswelt oder Gesundes Leben auch etwa die Zivile Sicherheit unter besonderer Berücksichtigung der IT-Sicherheit.

Auch sollen neue Mittel und Methoden nun für einen beschleunigten und verbesserten Transfer von Ideen und Erkenntnissen der Spitzenforschung in die Wertschöpfung sorgen. Fachhochschulen sollen hierbei stärker als bisher berücksichtigt und die Spitzenforschung in Clustern und Netzwerken noch stärker international ausgerichtet werden. Durch die Bundesregierung geförderte Kooperationsprojekte sollen Wissenschaft und Wirtschaft noch besser in Kontakt bringen als bisher, was insbesondere mit Blick auf die digitale Innovation bei Fertigungsprozessen von Bedeutung ist.

Bekanntnis zum Meisterbrief

Wir unterstützen die neue EU-Kommission darin, die Mobilität qualifizierter Fachkräfte innerhalb des Binnenmarkts sowie grenzüberschreitende Dienstleistungen zu stärken.

Das wirkt sich positiv auf Wachstum und Beschäftigung aus. Schon im Koalitionsvertrag haben wir uns allerdings auch klar dafür ausgesprochen, dass der Meisterbrief nicht durch Maßnahmen des europäischen Binnenmarktes beeinträchtigt wird und dass er erhalten bleibt.

Dafür haben wir gute Gründe, die wir nunmehr mit einem Beschluss des Deutschen Bundestags untermauern.

So tragen meistergeführte Handwerksbetriebe vor allem dazu bei, jungen Menschen durch hochwertige Ausbildung berufliche Perspektiven zu eröffnen, die oft weit über das Handwerk hinausgehen. Der Meisterbrief ist Garant für hohe Ausbildungsqualität, weil den künftigen Führungskräften in der Meisterschule über die Fachkompetenz hinaus umfangreiche berufs- und arbeitspädagogische Grundlagen vermittelt werden. Hierdurch wird der Meister zur erfolgreichen Weitergabe von Wissen und Fertigkeiten an die Nachwuchskräfte befähigt.

Überdies ist festzustellen, dass im Handwerk die Hälfte eines Ausbildungsjahrgangs Jugendliche mit Hauptschulabschluss sind. Knapp vier Prozent verfügen über keinen Schulabschluss, der Anteil derjenigen mit Migrationshintergrund ist überproportional hoch. Die handwerkliche Aus- und Fortbildung ermöglicht damit auch sozialen Aufstieg und trägt zu gesellschaftlicher Stabilität und Durchlässigkeit bei.

Wir wollen das bestehende System der zulasungspflichtigen Handwerksberufe aber auch deshalb stärken, weil es unverzichtbare Beiträge zur Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Mittelstands, zum Verbraucherschutz und zur Umsetzung zentraler Aufgaben wie Energiewende und Digitalisierung leistet.

Positive Entwicklungen am Arbeitsmarkt

Nicht nur erreichte die Zahl der Erwerbstätigen im Oktober 2014 mit 43 Millionen Personen einen historischen Höchststand, auch die Art der Beschäftigungsverhältnisse entwickelte sich erfreulich.

Die Zahl der Personen in einem Normalarbeitsverhältnis nahm 2013 um rund 380.000 zu. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich damit der Anteil der Beschäftigten in Normalarbeitsverhältnissen an allen Erwerbstätigen auf 67,5 Prozent (2012: 66,8 Prozent).

Im selben Zeitraum sank die Zahl der atypisch Beschäftigten im um 71.000 auf 7,64 Millionen Personen. Das entspricht einem Anteil von 21,4 Prozent an allen Erwerbstätigen (2012: 21,7 Prozent).

Unter den männlichen Erwerbstätigen sind zwölf Prozent atypisch beschäftigt, unter den Frauen sind es 33 Prozent. Zu den atypisch Beschäftigten zählen befristet Beschäftigte, Teilzeitbeschäftigte mit bis zu 20 Wochenstunden, geringfügig Beschäftigte sowie Zeitarbeiter.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Zahl der Wohnungen steigt

Von Januar bis September 2014 wurde in Deutschland der Bau von 212.000 Wohnungen genehmigt. Dies waren 5,2 Prozent oder 10.400 Wohnungen mehr als im Vorjahreszeitraum.

Der im Jahr 2010 begonnene Aufwärtstrend bei den Wohnungsbaugenehmigungen setzte sich damit weiter fort. Insbesondere Mehrfamilienhäuser sind gefragt: Die Anzahl der Baugenehmigungen für Häuser mit drei oder mehr Wohnungen erhöhte sich um fast zehn Prozent, während die der Ein- und Zweifamilienhäuser um 3,2 beziehungsweise 5,1 Prozent abnahm.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Deutschland bei Forschung und Entwicklung in Spitzengruppe

Im Jahr 2013 gaben die 28 EU-Mitgliedstaaten nahezu 275 Milliarden Euro für Forschung und Entwicklung (FuE) aus. Im Vergleichsjahr 2004 waren es rund 195 Milliarden Euro.

Die höchsten absoluten FuE-Ausgaben verzeichnete Deutschland mit 82,5 Milliarden Euro. Die EU-weite FuE-Intensität, das heißt das Verhältnis von FuE-Ausgaben zum Bruttoinlandsprodukt, betrug 2,02 Prozent (2004: 1,8 Prozent). Auch hier liegt Deutschland mit 2,94 Prozent in der Spitzengruppe; höhere FuE-Intensitäten verzeichnen nur die skandinavischen Staaten Finnland (3,32 Prozent), Schweden (3,21 Prozent) und Dänemark (3,05 Prozent). Der Unternehmenssektor war in der EU mit 64 Prozent der gesamten FuE-Ausgaben (Deutschland: 68 Prozent) der wichtigste Bereich, in dem FuE-Ausgaben getätigt wurden. Es folgen der Hochschulsektor (EU: 23 Prozent; Deutschland: 17 Prozent) und der Staatssektor (EU: 12 Prozent; Deutschland: 15 Prozent).

(Quelle: Statistisches Amt der Europäischen Union)